

\*\*\*\*\*

GEW-Newsletter Hochschule und Forschung

31.10.2014 – GEW: „Hochschulfinanzierung bleibt Flickschusterei“

\*\*\*\*\*

## **Bildungsgewerkschaft zu den Beschlüssen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz**

**Frankfurt a.M./Berlin** – Für die Verlängerung des Hochschulpakts war es höchste Zeit. Trotzdem: Die Hochschulen bleiben unterfinanziert. Das hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit Blick auf die heutigen Beschlüsse der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) deutlich gemacht.

„Um immer mehr Studierenden eine gute Ausbildung zu ermöglichen, brauchen die Hochschulen endlich eine verlässliche Finanzierung“, betonte Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung, am Donnerstag in Frankfurt a. M. „Alle paar Jahre wieder müssen die Hochschulen bibbern, ob der Hochschulpakt verlängert wird und damit Studienplätze weiter finanziert werden können“, so der GEW-Hochschulexperte. „Eine langfristige Planung und Gestaltung des Hochschulausbaus gibt es nicht, immer wieder werden Lehrende kurzfristig eingestellt – mit Verträgen, die nur wenige Monate laufen und keine klaren Perspektiven bieten. So bleibt die Hochschulfinanzierung Flickschusterei.“

Nach wie vor gebe es deutlich zu wenige Studienplätze. Außerdem reichten die pro Studienplatz zur Verfügung gestellten Mittel nicht aus, um gute Studienbedingungen zu gewährleisten, machte Keller deutlich. Statt den Hochschulpakt besser auszufinanzieren, wollen Bund und Länder eine Neuauflage der Exzellenzinitiative auf den Weg bringen. „Wir brauchen einen Ausbau der Hochschulen und Qualitätsverbesserungen in der Fläche - und nicht weiterhin Leuchttürme für die Spitzenforschung“, sagte der stellvertretende GEW-Vorsitzende. „Bessere Betreuungsrelationen sowie eine gute Beratung und Begleitung der Studierenden sind auch das beste Mittel gegen Studienabbrüche.“ Wer die knappen Mittel für die Studienplätze weiter beschneide, bewirkt das Gegenteil.

Der GEW-Hochschulexperte begrüßte, dass bei der Einstellung zusätzlichen Personals an den Hochschulen der Frauenanteil erhöht werden solle. Die neuen Kolleginnen brauchten aber auch dauerhafte Perspektiven, unterstrich Keller. Bund und Länder müssten daher Initiativen auf den Weg bringen, um mehr Dauerstellen zu schaffen. Nur so könne der Frauenanteil in der Wissenschaft verlässlich erhöht werden.

Info:

Nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz betragen die durchschnittlichen Kosten eines Studienplatzes 7 300 Euro im Jahr, drei Viertel der Studierenden wollen außerdem nach dem Bachelor ein Masterstudium anschließen. Auf dieser Grundlage müsste der Bund nach GEW-Berechnungen pro Studienplatz statt der vorgesehenen 13 000 Euro mehr als 16 000 Euro Zuschuss zahlen. Sonst bleiben die neu geschaffenen Studienplätze strukturell unterfinanziert.

-----  
Dr. Andreas Keller

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) - Hauptvorstand

Stellvertretender Vorsitzender und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung

Reifenberger Str. 21, D-60489 Frankfurt a. M.

Tel.: +49 (0) 69 78973-314, Fax: +49 (0) 69 78973-103

E-Mail: [andreas.keller@gew.de](mailto:andreas.keller@gew.de), Internet: <http://www.wissenschaft.gew.de>